

Europa-Kongress als Prozess (Kassel, 5.-7. 10)

Diskussionspapier zum Forum: Soziale Dimension der europäischen Integration

Ziel: inhaltliche Differenzen in attac bzw. unter den Referenten/Referentinnen eines Forums nachvollziehbar zu machen und zu überlegen, wie Differenzen überbrückt werden könnten und wo sich Schnittstellen für gemeinsame Forderungen und politische Kampagnen ergeben könnten.

Brigitte Nestle, 13.9. 2018 ; dieses Papier wurde im Rahmen der Gruppe „Kongress als Prozess“ der PG Europa erstellt.

1. Offizieller Ankündigungstext:

Die 2017 verabschiedete "Europäische Säule sozialer Rechte" definiert soziale Rechte nur vage. Welches Konzept haben Linksparteien und Gewerkschaften für die soziale Dimension der EU? Wo ist der richtige Ansatzpunkt für die Realisierung einer sozialen Dimension in der EU: der Nationalstaat oder die EU-Ebene?

Podium

- Joachim Bischoff, Mitherausgeber der Zeitschrift "Sozialismus", [Die Linke]
- Martin Höpner,¹ Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung
- Wolfgang Lemb, Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der IG Metall [SPD]
- Torsten Müller² (senior researcher beim Bereich Europäische Europäischen Gewerkschaftsinstitut in Brüssel, für die Tarifpolitik zuständig)..

Moderation: Prof. Mechthild van Schrooten³, Alternative Wirtschaftspolitik e.V. (auch: "Memorandum-Gruppe" bzw. "Memo-Gruppe"), Mitautorin des Buchs Europa geht auch solidarisch! Streitschrift für eine andere Europäische Union (Position: Reformen der Eurozone unter Beibehaltung des Euro)

Kooperationspartner: VerDi. Prof. Klaus Busch, Hochschule Osnabrück

vorbereitet von: Hugo B.

1 Leiter einer unabhängigen Forschungsgruppe zur Politischen Ökonomie der europäischen Integration und seit 2013 [außerplanmäßiger Professor](#) an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften Fakultät der [Universität zu Köln](#).

2 <https://www.ipg-journal.de/ipg/autorinnen-und-autoren/autor/ipg-author/detail/Author/torsten-mueller/>

3 Veröffentlichung z.B. Zukunft des öffentlichen Dienstes, <http://docplayer.org/11702181-Zukun-des-oeffentlichen-dienstes-mechthild-schrooten.html> (Renditeorientierte Marktwirtschaft setzt auf gesamtwirtschaftliches Wachstum und Umverteilung von unten nach oben; Gute öffentliche Infrastruktur und Dienstleistungen begünstigen Wachstum und Renditen)

Hinweis: Im Bereich der Sozialpolitik besitzt die EU nur sehr begrenzte Zuständigkeiten:

Die Regelungskompetenz der EU ist in der Sozialpolitik weniger weitreichend als in anderen Politikbereichen. Gemäß dem Subsidiaritätsprinzip kann die EU nur die Angelegenheiten regeln, die die Mitgliedstaaten nicht ausreichend allein lösen können. Die EU hat z.B. die Möglichkeit, die Rechtsangleichung innerhalb der EU in vielen arbeitsrechtlichen Fragen voranzutreiben. Es liegt jedoch nicht in ihrer Kompetenz, die Strukturen einer europäischen Sozialrechtsordnung zu bestimmen. Dies ist vielmehr Aufgabe der einzelnen Mitgliedstaaten der EU. Auch Fragen des Arbeitsentgelts, des Koalitionsrecht, des Streikrechts und des Aussperrungsrechtes können ausschließlich von den Mitgliedstaaten gesetzlich geregelt werden.⁴

Jedoch: Aufgrund ihrer neoliberalen Grundausrichtung nimmt die EU Einfluss auf die Lohn- und Sozialpolitik (z.B.: Mindeststandards werden als Wettbewerbshindernisse angesehen, Empfehlungen zur „Lohnzurückhaltung“, Empfehlungen zur Lockerung des Tarifvertragsrechts).

Die **Kohäsionspolitik der EU, also eine Politik zur Steigerung des inneren Zusammenhalts**, soll zwischen reicheren und ärmeren Regionen in der EU eine [Umverteilung](#) erreichen, um die Folgewirkungen der ungleichen wirtschaftlichen Entwicklung auszugleichen und somit regionale Disparitäten zu reduzieren.⁵

Die EU-Kommission hat im April 2017 ein Maßnahmenpaket für ein sozialeres Europa vorgeschlagen⁶ Mit der „Europäische Säule sozialer Rechte“ soll die Wahrnehmung der EU als eine reine Wirtschaftsunion geändert werden. Sie ist ein Katalog wesentlicher Grundsätze der Beschäftigungs- und Sozialpolitik, auf die sich das Europäische Parlament, der Rat und die Europäische Kommission als Grundlage für zukünftige Reformen geeinigt haben. Sie wurde am 17. November 2017 in Form einer interinstitutionellen Proklamation der drei Institutionen verabschiedet.⁷

Aus der Rede von Präsident Juncker zur Lage der Union vom 13. September 2017⁸

„Wenn wir **der sozialen Fragmentierung und dem Sozialdumping in Europa ein Ende setzen wollen**, sollten die Mitgliedstaaten sich so schnell wie möglich, und spätestens beim Göteborg-Gipfel im November, auf die europäische Säule sozialer Rechte einigen.“

Die ESSR besteht aus [20 rechtlich nicht verbindlichen Grundsätzen](#), deren rechtliche Umsetzung auf der regionalen, nationalen oder EU-Ebene erfolgt – je nach Zuständigkeit der

4 <https://www.bmas.de/DE/Themen/Soziales-Europa-und-Internationales/Europa/Europaeische-Sozialpolitik/rechtsgrundlagen.html>

5 http://ec.europa.eu/regional_policy/de/faq; Im Zeitraum 2014-2020 sind für Maßnahmen der Kohäsionspolitik in den 28 EU-Mitgliedstaaten 351,8 Mrd.EUR vorgesehen – ungefähr ein Drittel des EU-Haushalts.

6 <http://www.dgb.de/themen/++co++63ed9b6a-d4ea-11e7-a004-52540088cada>

7 <https://www.bmas.de/DE/Themen/Soziales-Europa-und-Internationales/Europa/Europaeische-Sozialpolitik/soziale-saeule.html>

8 https://ec.europa.eu/commission/priorities/deeper-and-fairer-economic-and-monetary-union/european-pillar-social-rights_de

unterschiedlichen Ebenen im jeweiligen Politikfeld.⁹ Die Grundsätze sind in drei Kategorien gegliedert: Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang, Faire Arbeitsbedingungen, Sozialschutz und soziale Inklusion.

Beim Lesen der ESSR fällt auf, dass es um Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt geht, nicht um soziale Rechte, um einen Anspruch an Sozialleistungen, die allen eine Teilnahme am sozialen Leben ermöglichen würden. Von einem Ausbau kollektiver Rechte – etwa allgemeinverbindliche Tarifverträge oder Stärkung der Mitbestimmung – ist nicht die Rede.

2. Stichworte zu den Positionen der Referenten

Martin Höpner

Ausgangspunkt:

Aufgrund der EU-Verträge ist eine aktive Sozialpolitik der EU nicht möglich. Im Wesentlichen sind die Nationalstaaten für Sozialpolitik zuständig. Aufgrund ihrer neoliberalen Grundstruktur werden von der EU jedoch Entscheidungen gefällt, die systematisch den Aspekt „Freiheit (des Wettbewerbs)“ über das „Soziale“ stellen, und somit einer fortschrittlichen Sozialpolitik enge Grenzen setzen.¹⁰ Der Disinflationierungs¹¹- und Deregulierungswettlauf der Euro-Länder betrifft auch die Sozialpolitik. Der EU-Fiskalpakt (max. 60 % Verschuldungsobergrenze in Relation zum [BIP](#) und max. 3 % jährliches Haushaltsdefizit in Relation zum BIP) lässt keinen Spielraum für die Verwirklichung visionärer sozialpolitischer Projekte. Die Sozialpolitik wird zusätzlich von den neuen makroökonomischen Überwachungs- und Korrekturverfahren der EU beeinflusst, die darauf abzielen makroökonomische Ungleichgewichte frühzeitig zu erkennen. In den so genannten „Programmländern“ (Griechenland...), erzwingen Eingriffe der Troika den Abbau von Sozialleistungen.

Europäische Säule sozialer Rechte

Hier werden Individualrechte definiert, die Bürger gegenüber dem Staat/der EU haben. („Jede Person hat das Recht auf bezahlbare und hochwertige Langzeitpflegedienste [...]“, das Beispiel stammt aus Grundsatz 18). Unklar bleibt, was diese Rechte dem Bürger bringen, wie er sie einklagen kann. Aus Sicht der Kommission ist denkbar, dass diese „Individualrechte“ mittel- bis langfristig in das europäische Primärrecht einhergehen könnten. Versucht die EU-Kommission, auf diesem Weg eine gemeinsame europäische Sozialpolitik zu erzwingen?

Falls hier von der Kommission eine Entwicklung hin zu einklagbare Individualrechten verfolgt wird,¹², könnte dies als eine weitere Tendenz zur Verrechtlichung der Politik angesehen

9 <https://awblog.at/die-europaeische-saeule-sozialer-rechte-ein-schritt-zu-einer-europaeischen-mindestlohnpolitik/>

10 <http://www.mpifg.de/people/mh/paper/Hoepner%20Individuelle%20Rechte%20statt%20Sozialpolitik.pdf>

11 Unter einer **Disinflation** versteht man eine Verringerung des Preisniveaustiegs, das bedeutet die Geschwindigkeit von Preissteigerungen nimmt ab. Disinflation bezeichnet somit eine Verminderung der [Inflation](#), jedoch nicht ein Sinken des Preisniveaus ([Deflation](#)). Disinflationspolitik zielt darauf ab, die Inflationsrate in einer Volkswirtschaft zu reduzieren. (Wikipedia)

12 Eine Kritik an der europäischen Säule sozialer Rechte ist jedoch, dass diese nicht einklagbar seien.

werden. Notwendig wäre jedoch, dass die Grundsätze der Sozialpolitik demokratisch diskutiert und entschieden werden.¹³

Die neu definierten Rechte könnten zu einer weiteren transnationalen Öffnung der sozialen Sicherungssysteme für EU-Ausländer führen. Zu bedenken ist, dass eine solche Öffnung die nationalen Sicherungssysteme auch unter einen Derregulierungsdruck setzen könnte, um „zu hohe“ Sozialausgaben zu vermeiden.

Richtige Ansatzpunkt für die Realisierung einer sozialen Dimension in der EU: der Nationalstaat oder die EU-Ebene?

Der Ansatzpunkt muss der Nationalstaat sein, da dieser im Wesentlichen für die Sozialpolitik zuständig ist. Eine gemeinsame Sozialpolitik in allen Staaten der EU ist auch wegen der politökonomischen Heterogenität der 27 EU-Staaten und der Nord-Süd-Spaltung der Eurozone nicht umsetzbar.

Vorschlag für eine grundlegend andere (EU-)Sozialpolitik

Ein sozialeres Europa erfordert einen Stopp des europäischen Spar-, Lohnsenkungs- und Derregulierungswettlaufs. Ein Minimalziel im Bereich Sozialpolitik auf EU-Ebene könnte der Schutz der „sozialen Marktwirtschaft“ gegen Übergriffe aus der EU, die sich aus neoliberalen Wirtschaftstheorien stützen, sein. Grundlegende Veränderungen in der Sozialpolitik erfordern jedoch eine Veränderung der EU-Verträge.

Der Euro ist eine Ursache, dass weder in den reicheren noch in den ärmeren Staaten der EU eine vernünftige Sozialpolitik möglich ist. Folgerung: Der Euro muss aufgehoben werden oder es müssen Möglichkeiten gefunden werden, wie Anpassungsprozesse zwischen den einzelnen Staaten der Währungsunion flexibler ablaufen können – ohne das einzelne Länder gezwungen werden, ihre Sozialausgaben drastisch einzuschränken.

Quellen:

Martin Höpner, Individuelle Rechte statt gemeinsamer Sozialpolitik, Mai 2017, (Makroskop), <http://www.mpifg.de/people/mh/paper/Hoepner%20Individuelle%20Rechte%20statt%20Sozialpolitik.pdf>

Video eines Vortrags im Februar 2017, bei der antikapitalistischen Linken, <https://www.youtube.com/watch?v=gnk1rrhZ-AY>

Joachim Bischoff

Ausgangspunkt:

Um zu verstehen, was die „soziale Dimension“ Europas heute ausmacht, muss man die **Ursachen der Wirtschaftskrise**, die 2008 einsetzte und ihre Folgen für die Sozialpolitik und den Lebensstandard der Menschen in den unterschiedlichen Staaten Europas analysieren. Mit Bankenrettungen, Konjunkturpaketen und Rettungsschirmen wurden nur die Symptome der großen Krise bekämpft, **ihre systemischen Ursachen blieben unberührt.**

¹³ <http://www.mpifg.de/people/mh/paper/Hoepner%20Individuelle%20Rechte%20statt%20Sozialpolitik.pdf> , S. 2

Die anhaltende Tendenz zum Schuldenabbau führt zur wirtschaftlichen Stagnation. Stagnation oder gar Schrumpfung bedeuten, dass weniger Geld zur Verfügung steht. Da die politischen Eliten die Verteilungsverhältnisse zäh verteidigen, wird die soziale Spaltung der Gesellschaften vertieft.¹⁴

In Südeuropa zerstören die Sparpolitik, Lohn- und Pensionskürzungen und die Zerschlagung kollektivvertraglicher Lohnbildung die Fundamente des „Europäischen Sozialmodells“.¹⁵

Europäische Säule sozialer Rechte

Keine Stellungnahme hierzu im Internet

Richtiger Ansatzpunkt für die Realisierung einer sozialen Dimension in der EU: der Nationalstaat oder die EU-Ebene?

Die EU wird insgesamt positiv bewertet: Schaffung einer dauerhaften Friedensordnung nach dem Zweiten Weltkrieg, **die Angleichung des wirtschaftlich-sozialen Lebensstandards auf hohem Niveau** und die Bündelung der wirtschaftlichen Ressourcen und Entwicklungspotenziale.

Das Pro-Kopf-Einkommen der zuvor ärmeren Länder erhöhte sich (absolut und relativ).¹⁶

Jedoch: Der Konvergenzprozess verlief in den einzelnen Ländern nicht gleichmäßig und auch nicht durchgehend. Vor allem infolge der Wirtschaftskrise, die im Jahr 2008 einsetzte, kehrte sich die Konvergenz in eine Divergenz um.¹⁷

Eine Rückkehr zu nationalen Währungen garantiert keine Lösungen gesellschaftlicher Probleme und ist daher keine wünschenswerte politische Option. Dieser Weg würde mit dramatischen ökonomischen und **sozialen** Verwerfungen einhergehen.¹⁸

Der Nationalstaat soll gegenüber der EU gestärkt werden.

Vorschlag für eine grundlegend andere (EU-)Politik

Kein Austritt aus der EU – jedoch „Erneuerung“. Notwendig ist eine demokratische Kontrolle der EU-Kommission, die nur durch eine Rückverlagerung von Kompetenzen auf die Staaten als möglich erscheint. Dies sei eine Frage der Demokratie – nicht Ausdruck eines Nationalismus, der ein biologisch definiertes Volk gegen andere Kulturen abschotten will.¹⁹

14 Europa: Zwischen Stagnation und geopolitischer Zeitenwende, Oktober 2014, <https://www.transform-network.net/de/publications/detail/europe-a-continent-between-stagnation-and-a-geopolitical-turning-point/>

15 Joachim Bischoff / Björn Radke, Welches Europa? April 2017

[https://www.sozialismus.de/index.php?](https://www.sozialismus.de/index.php?id=8087&tx_ttnews[tt_news]=17197&tx_ttnews[backPid]=6580)

[id=8087&tx_ttnews\[tt_news\]=17197&tx_ttnews\[backPid\]=6580](https://www.sozialismus.de/index.php?id=8087&tx_ttnews[tt_news]=17197&tx_ttnews[backPid]=6580)

16 [https://www.sozialismus.de/index.php?](https://www.sozialismus.de/index.php?id=8087&tx_ttnews[tt_news]=17197&tx_ttnews[backPid]=6580)

[id=8087&tx_ttnews\[tt_news\]=17197&tx_ttnews\[backPid\]=6580](https://www.sozialismus.de/index.php?id=8087&tx_ttnews[tt_news]=17197&tx_ttnews[backPid]=6580)

17 [https://www.sozialismus.de/index.php?](https://www.sozialismus.de/index.php?id=8087&tx_ttnews[tt_news]=17197&tx_ttnews[backPid]=6580)

[id=8087&tx_ttnews\[tt_news\]=17197&tx_ttnews\[backPid\]=6580](https://www.sozialismus.de/index.php?id=8087&tx_ttnews[tt_news]=17197&tx_ttnews[backPid]=6580)

18 [https://www.sozialismus.de/index.php?](https://www.sozialismus.de/index.php?id=8087&tx_ttnews[tt_news]=17197&tx_ttnews[backPid]=6580)

[id=8087&tx_ttnews\[tt_news\]=17197&tx_ttnews\[backPid\]=6580](https://www.sozialismus.de/index.php?id=8087&tx_ttnews[tt_news]=17197&tx_ttnews[backPid]=6580)

Um ein neues, sozial-gerechtes Europa zu erreichen, ist **ein Politikwechsel insbesondere auch Deutschland** notwendig (Abkehr von der neoliberalen Ideologie, sozial-ökologischer Umbau der Wirtschaft).²⁰

Heute ist der Staat kein Faktor mehr, der einen sozialen Ausgleich sicherstellt. Politische Veränderungen müssen dem Staat abgetrotzt und gegen die herrschende Klasse durchgesetzt werden. Dies ist nur durch gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Druck möglich.²¹

Quellen

Joachim Bischoff / Björn Radke, Welches Europa? April 2017

[https://www.sozialismus.de/index.php?id=8087&tx_ttnews\[tt_news\]=17197&tx_ttnews\[backPid\]=6580](https://www.sozialismus.de/index.php?id=8087&tx_ttnews[tt_news]=17197&tx_ttnews[backPid]=6580)

<https://www.transform-network.net/de/netzwerk/autorinnen/detail/joachim-bischoff/>, Bischof, Joachim, Detje, Richard, Europa: Zwischen Stagnation und geopolitischer Zeitenwende. April 2014; Krisenerfahrungen und politische Orientierungen, März 2014,

Wolfgang Lemb

Ausgangspunkt

Um einen sozialen Fortschritt zu erzielen, reichen Wohlstandsgewinne reichen nicht aus. Die Verteilungsfrage muss gestellt werden. Dafür braucht es starke Gewerkschaften und eine neue Mitbestimmungskultur in Europa.

Die EU-Institutionen schwächen die Position der organisierten Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Beispiel²²: die Strukturreformen der EU in der Arbeitswelt: Ziel ist die Verringerung der Lohnsetzungsmacht der Gewerkschaften, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Im Jahr 2015 empfahl die Europäische Kommission z.B. Frankreich, mehr Optionen zu schaffen, um aus Tarifverträgen auszusteigen.

Eine europäische Säule sozialer Rechte

Dieser Ansatz wird prinzipiell befürwortet. Politisch muss durchgesetzt werden, dass die dort vorgeschlagene Institution, eine „europäischen Arbeitsbehörde“, tatsächlich die Kompetenzen erhält, um geltende Arbeits- und Sozialstandards wirksam durchzusetzen. Eine „Europäische Arbeitsbehörde“ sollte auf Augenhöhe mit anderen Machtzentren der EU, wie zum Beispiel der Europäischen Zentralbank, arbeiten, um handlungsfähig zu sein. Notwendig sei ein klarer Auftrag: Lohndumping verhindern und das Prinzip "gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort" durchsetzen.²³

19 [https://www.sozialismus.de/index.php?id=8087&tx_ttnews\[tt_news\]=17197&tx_ttnews\[backPid\]=6580](https://www.sozialismus.de/index.php?id=8087&tx_ttnews[tt_news]=17197&tx_ttnews[backPid]=6580)

20 [https://www.sozialismus.de/index.php?id=8087&tx_ttnews\[tt_news\]=17197&tx_ttnews\[backPid\]=6580](https://www.sozialismus.de/index.php?id=8087&tx_ttnews[tt_news]=17197&tx_ttnews[backPid]=6580)

21 <https://www.transform-network.net/de/fokus/overview/detail/european-perceptions-in-the-crisis-2014/perceptions-of-the-crisis-and-political-orientations/>

22 https://www.igmetall.de/05_28_Wolfgang_Lemb_Europapolitischer_%20Tag_fc054a26207b5d7048a42b7fd130ab9287ada68b.pdf

23 <https://www.igmetall.de/wolfgang-lemb-zur-neuausrichtung-von-europa-26052.htm>

Richtige Ansatzpunkt für die Realisierung einer sozialen Dimension in der EU: der Nationalstaat oder die EU-Ebene?

Ansatzpunkte gibt es auf beiden Ebenen.

Vorschlag für eine grundlegend andere (EU-)Politik

Kein Austritt aus der EU – jedoch „Erneuerung“. Notwendig sei eine Politik weg vom Sparzwang hin zu mehr Investitionen, insbesondere in die Infrastruktur und in die Menschen. (Finanzierung auch über höhere Verschuldung, gemäß „Goldener Regel“ (In dem Umfang, in dem der Staat sein Vermögen mehrt, soll er auch künftig dauerhaft Schulden machen dürfen)²⁴. Die Demontage der Tarifvertragssysteme muss zurückgenommen werden – nicht nur in Griechenland. Das ist wesentliche Voraussetzung für eine wirtschaftliche und politische Erholung und damit ein Schlüssel im Kampf gegen Rechtspopulismus. Es darf in Europa keine "Arbeitnehmer zweiter Klasse" geben²⁵

In der EU sollen **Standards für eine soziale, ökologische und demokratisch gestaltete Transformation** in die Gesellschaft und Arbeitswelt von morgen gesetzt werden. Für die IG Metall bedeutet das: Die Schutz- und Gestaltungsinteressen der Beschäftigten müssen vor den Binnenmarktinteressen stehen.²⁶

Angestrebt wird ein „kooperatives Modell Europas“, das auf die Ausweitung der Mitbestimmung in Europa setzt, der reinen Wettbewerbslogik entgegentritt und sozialen und ökologischen Ausgleich als Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft ansieht.²⁷ Positives Beispiel: Reform der Entsenderichtlinie

An der Politik der Exportorientierung wird keine grundsätzliche Kritik geübt.

Quellen

Wolfgang Lemb, Kurswechsel für ein soziales Europa, Die Forderungen der IG Metall, Rede zum Europapolitischen Tag der IG Metall am 28. Mai 2015 in Berlin,

https://www.igmetall.de/05_28_Wolfgang_Lemb_Europapolitischer_%20Tag_fc054a26207b5d7048a42b7fd130ab9287ada68b.pdf

Wolfgang Lemb, Europas. Zukunft. Neu. Denken. 19.10.2017

<https://www.igmetall.de/wolfgang-lemb-zur-neuausrichtung-von-europa-26052.htm>

Torsten Müller

Ausgangspunkt²⁸

Notwendig ist eine lohnpolitische Trendwende, eine generelle makro-ökonomischen Umorientierung hin zu einem lohngetriebenen Wachstumsmodell.²⁹.. Höhere Löhne verbessern die Lebensbedingungen und steigern die Nachfrage. Die Umsetzung einer nachfrageorientierten Politik ermöglicht mehr Staatsausgaben für Soziales.

24 <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-50263526.html>

25 <https://www.igmetall.de/wolfgang-lemb-zur-neuausrichtung-von-europa-26052.htm>

26 <https://www.igmetall.de/wolfgang-lemb-zur-neuausrichtung-von-europa-26052.htm>

27 <https://www.igmetall.de/wolfgang-lemb-zur-neuausrichtung-von-europa-26052.htm>

28 <https://awblog.at/author/torstenmueller/>

29 <https://awblog.at/hoechste-zeit-fuer-eine-lohnpolitische-trendwende-in-europa/>

Europäische Säule sozialer Rechte

Ein Bekenntnis zur „gerechten Entlohnung“ und zu „angemessenen Mindestlöhnen“, wie in der Säule sozialer Rechte formuliert, ist für die EU (bzw. ihre Vorläuferorganisationen) nichts Neues. Die 1961 vom Europarat verabschiedete Europäische Sozialcharta und die EG-Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer (1989) enthalten ebenfalls solche Formulierungen.

Das Neue an der ESSR sei jedoch deren enge Verknüpfung mit konkreten Umsetzungs- und Überwachungsmechanismen wie zum Beispiel dem Europäischen Semester³⁰ und dem sogenannten „[Social Scoreboard](#)“³¹, das einen Katalog sozialer Indikatoren zur Überwachung der Entwicklung in den EU-Staaten im Bereich Soziales enthält (z.B. Entwicklung der Einkommensungleichheit, des Armutsrisikos, der geschlechtsspezifischen Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt). Diese enge Verknüpfung mit Umsetzungs- und Überwachungsmechanismen sieht Thorsten Müller als Indikator für das ernsthafte Bemühen um eine konsequente Umsetzung an³².

Die ESSR liefert politische Argumente für einen alternativen lohn- und tarifpolitischen Ansatz.

Richtiger Ansatzpunkt für die Realisierung einer sozialen Dimension in der EU: der Nationalstaat oder die EU-Ebene?

Notwendig ist eine EU-weite Koordination der Tarifpolitik – unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Ausgangsbedingungen in den einzelnen Staaten. Von der ESSR könnten positive Impulse ausgehen.

Vorschlag für eine grundlegend andere (EU-)Politik

Abkehr von der [engen angebotsseitigen Orientierung der Kommission](#), in der Löhne primär als Kostenfaktoren wahrgenommen werden. Hin zu einem stärker nachfrageorientierten Ansatz, der die Rolle von Löhnen für die [Förderung der Binnennachfrage](#) und des sozialen Zusammenhalts betont.

Drei Schritte zu einem sozialeren Europa³³

- Eine ernstzunehmende europäische Mindestlohnpolitik mit 60 Prozent des nationalen Medianlohns als verbindliche Vorgabe im Social Scoreboard.
- Soziales Fortschrittsprotokoll in den europäischen Verträgen verankern.
- Soziale und wirtschaftspolitische Ziele **gleichwertig** im Europäischen Semester behandeln

Quellen: <https://awblog.at/author/torstenmueller/>; insbes.: Thorsten Müller, Thorsten Schulte, Die Europäische Säule sozialer Rechte – ein Schritt zu einer europäischen Mindestlohnpolitik? Juli 2017 und Thorsten Müller, Höchste Zeit für eine lohnpolitische Trendwende in Europa, März 2017

30 Das **Europäische Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik** wurde 2011 im Rahmen der [Europa-2020](#)-Strategie eingeführt. Das Europäische Semester entstand auf Vorschlag der [Europäischen Kommission](#) und ermöglicht ihr die frühzeitige Überprüfung der nationalen Haushalts- und Reformwürfe, bevor diese von den nationalen Parlamenten beschlossen werden. Das Hauptziel ist die Sicherung der nationalen Haushaltsdisziplin und eine leistungsfähigere Wirtschaft. (Quelle: Wikipedia)

31 <https://composite-indicators.jrc.ec.europa.eu/social-scoreboard/>

32 <https://awblog.at/die-europaeische-saeule-sozialer-rechte-ein-schritt-zu-einer-europaeischen-mindestlohnpolitik/>

33 <https://awblog.at/die-europaeische-saeule-sozialer-rechte-ein-schritt-zu-einer-europaeischen-mindestlohnpolitik/>

3. Positionen/Diskussionsbedarf

Das Thema überschneidet sich stark mit den Foren „Exportorientierung/Euro“ und „Wirtschaftspolitik – Alternativen zu Neoliberalismus und Austerität“. Inhaltliche Überschneidungen gibt es auch mit dem Forum „Privatisierung der Daseinsvorsorge“, dieser Aspekt wird in den analysierten Beiträgen der Referenten eher indirekt angesprochen, etwa als „Austeritätspolitik“.

Entsprechend der Breite des Themas des Forums „Soziales“ setzen die Autoren in den im Internet recherchierten deutschsprachigen Veröffentlichungen unterschiedliche Schwerpunkte, Löhne/Tarifverträge, soziale Rechte, eine stärker nachfrageorientierte Politik, eine grundlegend andere Krisenlösungsstrategie ...

Fragen gemäß der Kurzbeschreibung des Forums

Welche Rolle spielt die EU im Bereich Soziales?

Über welche Mechanismen beeinflusst die EU den Bereich Soziales? Dabei sollten insbesondere auch Überwachungsmechanismen wie „Europäisches Semester“ berücksichtigt werden.

Ermöglicht die "Europäische Säule sozialer Rechte" einen Ansatzpunkt, um mehr soziale Gerechtigkeit in Europa zu realisieren? Oder ist die „ESSR“ evtl. sogar ein Einfallstor zur weiteren Reduzierung sozialer Rechte?

Kann die Zuständigkeit der EU für „Mindeststandards“³⁴ zu einer Verbesserung nationaler Rechte in diesem Bereich genutzt werden (vgl. z.B. Gleichstellungspolitik der EU, Arbeitsschutzgesetze³⁵ ...)

Kann die EU dabei helfen, in ganz Europa gute, gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen?

Welches Konzept haben Linksparteien bzw. Gewerkschaften für die soziale Dimension der EU?

Welche Positionen gibt es innerhalb der Linken zum Thema „Soziales Europa“? (Ist hier die Position des Referenten Joachim Bischof repräsentativ?)

Welche Forderungen vertreten andere europäische Linksparteien?

Könnte über eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik – sofern sie in allen Staaten Europas/der EU umgesetzt wird – EU/europaweit mehr soziale Gerechtigkeit hergestellt werden?

Wie wird in den Gewerkschaften die Forderung nach einer sozial-ökologischen Transformation der Gesellschaft diskutiert? **Konkret: Kann die IG Metall, die auf den Erhalt von Arbeitsplätzen für Fachkräfte im Fahrzeugbau setzt,**³⁶

Bündnispartner für eine grundlegende gesellschaftliche Veränderung sein?

Wo ist der richtige Ansatzpunkt für die Realisierung einer sozialen Dimension in der EU: der Nationalstaat oder die EU-Ebene?

- Kann ein stabiles soziales Netz über nationalstaatliche Grenzen hinaus geschaffen werden? Wenn ja, wie könnte es aussehen? Sind hierzu z.B. Transfers von Staaten

³⁴ https://de.wikipedia.org/wiki/Sozialpolitik_der_Europ%C3%A4ischen_Union

³⁵

https://www.gewerbeaufsicht.bayern.de/arbeitschutz/arbeitschutzstrategien/arbeitschutz_europa/index.htm

³⁶ <https://www.igmetall-bayern.de/nachrichten/ansicht/datum/2018/06/21/titel/autopakt-so-sollen-unsere-jobs-sicher-bleiben/>

mit unterdurchschnittlicher Erwerbslosigkeit in Staaten mit überdurchschnittlicher Erwerbslosigkeit notwendig, etwa über eine europäische Arbeitslosenversicherung?

- Macht es Sinn, der EU mehr Kompetenzen in der Sozialpolitik zu übertragen?
- Ist die „Europäische Säule“ sozialer Rechte ein Instrument, um die Staaten der EU dazu zu „zwingen“, mehr soziale Gerechtigkeit in ihrem Staats-Territorium umzusetzen?
Könnten innerhalb der EU verbindliche Mindeststandards (Mindestlöhne, eine soziale Grundsicherung, die die Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglicht ...) definiert und umgesetzt werden? (Ggf. – analog zur praktizierten Austeritätspolitik mit „Strafen/Sanktionen“ bei nach unten?)

Grundlegend:

Was müsste sich grundlegend in der EU ändern, damit wir in einem sozial gerechten Europa leben können? Z.B die durch die neoliberale Politik bedingte „Abwärtskonkurrenz“ (welche Staaten bieten die billigsten Arbeitskräfte) durchbrechen?
Möchten wir perspektivisch länderübergreifend gleiche Lohnforderungen, soziale Unterstützungslevels und gleiche Besteuerung fordern?
Wie können wir eine Zusammenarbeit der Menschen aus den verschiedenen Staaten Europas erreichen? Wie die Vision „gemeinsame soziale Kämpfe“ umsetzen? Das Kapital agiert EU-weit / transnational, die Bevölkerung sieht meist nur ihre Situation im nationalen Rahmen.

z.B. Kampagne Reduktion der Arbeitszeit?

Zur Vision eines „sozialen Europa“ gehört auch, Schluss zu machen mit der primären Zuständigkeit von Frauen für „Soziales“. Grundlegender formuliert. Die Abschaffung patriarchaler Strukturen. Können hierzu Strukturen der EU genutzt werden?
Erfordert ein „soziales Europa“ grundlegende gesellschaftliche Veränderungen, etwa eine Abkehr von der kapitalistischen Profitlogik?
Wer sind unsere Bündnispartner?

4. Bezug zu attac-Aktivitäten ..

30 Stunden Woche (<https://www.attac-netzwerk.de/ag-arbeitfairteilen/themen/30-stunden-woche/>)

Kampagne „Genug für alle“ (<https://grundeinkommen-attac.de/index.php?id=1743>)

[...]

Literatur: Werner Rügemer, Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von attac, http://www.attac.de/uploads/media/sig_126.pdf Seite 15 und EU: Grenzenlose Arbeits-Flexibilität, nochmal heftiger? <https://www.nachdenkseiten.de/?p=41175>

5. Soziale Bewegungen

Recht auf Stadt Bewegung (z.B. <http://leipzig-stadtfueralle.de/mc-events/recht-auf-stadt-forum-2018/>)

Soziale Bewegungen in Gewerkschaften ,z.B. <https://frauen.verdi.de/junge-frauen/feminismus-heute>

Equal pay day <https://www.equalpayday.de/startseite/>

Alternative Ökonomie, z.B. Netzwerk Selbsthilfe <http://netzwerk-selbsthilfe.de/projekte/projektarchiv/>

[...]